



■ Die Klimakrise fordert Politik und Wirtschaft gleichermaßen heraus

Wolfgang Kraushaar

Kein anderes Thema dürfte die Politik zuletzt stärker bewegt haben als jenes, das vom Phänomen der Klimaerwärmung ausgelöst worden ist. Es war sicherlich alles andere als Zufall, dass es im vergangenen Jahr die Anhängerschaft der von Greta Thunberg ins Leben gerufenen Protestbewegung *Fridays for Future* vermocht hat, rund um den Globus massenhaft für mehr Klimaschutz zu mobilisieren und unter dem Banner "Global Climate Strike For Future" vier Aufsehen erregende Aktionstage durchzuführen - zwei im Frühjahr und zwei im Herbst. Höhepunkt war dabei eindeutig der 20. September 2019. Weltweit beteiligten sich an diesem Tag, der in manchen Ländern ja als Weltkindertag begangen wird, um auf die Bedürfnisse und Rechte von Kindern aufmerksam zu machen, zwischen 4 und 7 Millionen Menschen, ganz überwiegend junge Leute.

In nicht weniger als 150 Ländern fanden an diesem Tag über 2000 Demonstrationen statt. Allein in Deutschland gab es 575 Demonstrationen und Kundgebungen mit 1,4 Millionen Teilnehmern - allein in Berlin kamen über eine Viertelmillion und in Hamburg an die 100.000 von ihnen zusammen. In New York war es 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern sogar offiziell erlaubt worden, dem Unterricht fernzubleiben, um sich an den Aufmärschen beteiligen zu können. Auch in Polen waren in 71 Städten Schülerinnen und Schüler für die Klimaziele auf die Straße gegangen, insgesamt 33.000, davon mit 15.000 fast die Hälfte davon in Warschau, wo die Demonstrierenden mit einer Hüpf-Aktion gegen die Energiepolitik ihrer Regierung protestierten. Das alles hätte noch ein Jahr zuvor wohl kaum jemand für möglich gehalten. Warum eine einzelne schwedische Schülerin, die mit ihrem Anliegen selbst in ihrer eigenen Schulklasse noch auf taube Ohren gestoßen war, eine internationale Massenbewegung hatte auslösen können, erscheint in mancher Hinsicht noch immer als erklärungsbedürftig.

Redaktionsausschuss:
Radosław Grodzki
Karol Janoś
(Chefredakteur)
Piotr Kubiak
Krzysztof Malinowski

Nr. 9(429)/2016
5.03.2020

ISSN 2450-5080

Das Bulletin ist auch über
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER
verfügbar

Eine wichtige Rolle bei der weltweiten Mobilisierung dürfte allerdings gespielt haben, dass die Auswirkungen der Erderwärmung mittlerweile mehr oder weniger selbstevident geworden sind. Kaum jemand kann noch die Augen davor verschließen, dass die durch CO₂-Emissionen maßgeblich bestimmte Erhitzung des Klimas immer bedrohlichere Züge angenommen hat: Witterturbulenzen, Waldbrände und Sturmfluten, Dürreperioden, Wasserknappheit und Ernteaufschläge, Artensterben, Gletscher- und Polkappenschmelzen sowie andere klimatische Extreme mehr beherrschen die Nachrichten ein ums andere Mal, nicht ohne dass das Publikum häufig von immer neuen Hitzerekorden unterrichtet wird. Und bezeichnenderweise hatte sich Thunberg direkt nach ihren Sommerferien vor dem Schwedischen Reichstag in Stockholm niedergelassen. Sie war vom Rekordsommer 2018, der selbst die ansonsten nicht gerade mit hohen Temperaturen verwöhnten Skandinavier hatte aufstöhnen lassen, so sehr getroffen, dass sie nun unbedingt etwas gegen eine weitere Steigerung der Hitzegrade und seine zerstörerischen Folgen unternehmen wollte. Der Impuls der zu diesem Zeitpunkt erst 15-jährigen Schülerin war offenbar genau zum richtigen Zeitpunkt erfolgt.

In einer ganzen Reihe von Ländern ist - maßgeblich unterstützt durch die Multiplikatoreneffekte der im Internet aktiven social media - nicht nur der Diskurs verändert worden. Die unter öffentlichen Druck geratenen Regierungen haben inzwischen auch damit begonnen, neue Klimaschutzziele auf ihre Agenda zu setzen. In Deutschland etwa, wo sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nach anfänglichem Zögern explizit hinter die Klimabewegung stellte, hat die Bundesregierung ein gegenüber früheren Vorstößen vergleichbar ambitioniertes "Klimapaket" geschnürt. Und ihre inzwischen zur EU-Kommissionspräsidentin avancierte ehemalige Kabinettskollegin Ursula von der Leyen hat im Dezember 2019 einen besonders ehrgeizigen Green Deal propagiert, um auf diese Weise einen nachhaltigen ökologischen Wandel einzuleiten, mit dem Europa bis zum Jahr 2050 als erster Kontinent Klimaneutralität erreichen soll. Auch wenn die angesichts der Uneinigkeit mancher EU-Staaten untereinander zu erwartenden Effekte nur begrenzt sein dürften und das alles den Aktivisten von Fridays for Future ohnehin viel zu langsam geht, so ist das dennoch weitaus mehr als ein bloßer Achtungserfolg.

Selbst in Kreisen einiger Industrieller wächst inzwischen die Überzeugung, dass nur ein Rückgang der Treibhausemissionen und eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf anderthalb Grad das Schlimmste verhindern kann. Dieses auf der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris von fast allen Mitgliedsstaaten vereinbarte Ziel wird nach Aussage von Experten vermutlich aber trotzdem nicht ausreichen, um die drohende Entwicklung tatsächlich abstoppen zu können.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen wird in den Medien zumeist ganz allgemein vom "Klimawandel" gesprochen. Doch dieser so unaufgeregt und politisch neutral daher kommende Begriff ist nicht ganz unproblematisch. Denn das Trügerische an ihm besteht darin, dass er den Eindruck vermittelt, es handle sich dabei um so etwas wie einen evolutionären Prozess, also in gewisser Weise um einen Selbstläufer der Natur. Das jedoch ist falsch. In der Wissenschaft herrscht Einigkeit darüber, dass man es mit einem anthropogen bedingten, also von Menschen

verursachten Vorgang zu tun hat. Insofern geht es also in Wirklichkeit um die Folgen der von der Spezies Mensch vorangetriebenen Naturbeherrschung und die diesen Prozessen inhärente zerstörerische Dimension. Um das zu benennen und exakt zu treffen, behelfen sich viele Kommentatoren damit, dass sie das Wort "Klima" entweder mit dem Wort "Krise", "Kollaps" oder gar "Katastrophe" kombinieren.

Ist es aber tatsächlich angemessen, alarmistisch von einer "Klimakatastrophe" zu sprechen? Erstaunlicherweise hatte das Nachrichtenmagazin Der Spiegel schon im August 1986 mit einer Titelgeschichte aufgewartet, in der exakt dieser Begriff, zudem ohne ein Fragezeichen auf dem Cover verwendet wurde, weil man davon ausging, dass dessen Verwendung wissenschaftlich gerechtfertigt sei. Der Streit darüber ist aber immer noch nicht ganz beigelegt. Einige Klimaforscher wie etwa der Meteorologe Hans von Storch sind der Ansicht, dass mit derartigen Vokabeln eine ungerechtfertigte Hysterie angeheizt werde. Wer etwa Kohlekraftwerke als "Todesfabriken" bezeichne, gibt er zu bedenken, der riskiere nun einen ähnlichen Glaubwürdigkeitsverlust wie er vor drei Jahrzehnten zu beobachten gewesen sei, als man in unverantwortlicher Weise von einem "Waldsterben" sprach, das dann aber doch nicht eingetreten sei.

Differenzen unter den Klimaforschern, von denen sich rund 27.000 mit dem im März 2019 ins Leben gerufenen Bündnis Scientists for Future demonstrativ hinter die Protestbewegung gestellt haben, sind in der Regel nicht besonders gravierend. Ihre an naturwissenschaftlicher Objektivität geschulte Forschung lässt nur bedingt Spielraum für besonders weit ausholende und für die Geistes- und Sozialwissenschaften eher charakteristischen Kontroversen. Insofern lassen sich eine ganze Reihe der in Politik und Kultur aufgebrochenen Konflikte mit dem Instrumentarium der Klimaforschung unterlaufen. Und es gehört sicherlich zu den klügeren Einstellungen der Protestierenden, dass sie sich von Anfang an hinter die innerhalb der Zunft unangefochtenen Forschungsergebnisse zu stellen versucht haben.

In der Chemie und der Biochemie zählt gewissermaßen zu den Basics, dass eines der wichtigsten Elemente der Biosphäre der Kohlenstoff ist. Er ist in allen Lebewesen vorhanden und stellt nach dem Sauerstoff das bedeutendste Element dar. Alles lebende Gewebe ist aus organischen Kohlenstoffverbindungen aufgebaut. Insofern ist die vielleicht etwas maximalistisch klingende Feststellung durchaus zutreffend, dass Kohlenstoff die Voraussetzung für alles irdische Leben darstellt.

Die bekanntesten Kohlenstoffvorkommen sind die fossilen Rohstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas. Diese stellen allerdings keine reinen Kohlenstoffverbindungen dar, sondern Mischungen aus verschiedenen organischen Verbindungen. Sie sind im Laufe von Abertausenden an Jahren unter hohem Druck durch die Umwandlung pflanzlicher und tierischer Überreste entstanden. Während Kohle ein pflanzliches Resultat ist, stellen Erdöl und Erdgas solche dar, die aus Tieren entstanden sind.

Kohlenstoff kommt außerdem in der Luft als Kohlenstoffdioxid - auch kurz Kohlendioxid genannt - vor. CO₂ entsteht beim Verbrennen kohlenstoffhaltiger Verbindungen, etwa bei der Atmung, und wird durch den sich bekanntlich in Pflanzen abspielenden Prozess der Photosynthese verwertet. Die Forschung hat ergeben,

dass 2015 in der Atmosphäre rund 830 Milliarden Tonnen Kohlenstoff vorhanden gewesen sind. Da durch die mit der Industrialisierung einsetzende Verbrennung fossiler Energieträger der Umwelt fortwährend langfristig gebundenes CO₂ hinzugefügt wurde, ist der Anteil an der Zusammensetzung der Luft kontinuierlich weiter angestiegen. Im Jahr 2015 belief er sich auf 400 ppm (Anteile pro Million), das sind 0,04 Prozent. Das wiederum stellt einen Anstieg von rund 120 ppm gegenüber dem vorindustriellen Wert dar, der bei 280 ppm lag. Insgesamt sind seit dem Beginn der Industrialisierung rund 530 Mrd. Tonnen Kohlenstoff durch fossile Energieträger freigesetzt worden. Davon blieb etwa die Hälfte in der Atmosphäre zurück und jeweils ein Viertel ist von den Ozeanen und den Landökosystemen absorbiert worden.

Kohlendioxid ist neben seiner Rolle als Bestandteil des globalen Kohlenstoffzyklus ein natürlicher Bestandteil der Luft und zwar in der Gestalt des in der Erdatmosphäre vorkommenden Treibhausgases. Vor allem durch die von Menschen betriebene Verbrennung fossiler Energieträger ist der Anteil in der Erdatmosphäre von ca. 280 ppm zu Beginn der Industrialisierung auf inzwischen rund 415 ppm angestiegen. Dieser weiter fortschreitende Zuwachs wiederum verstärkt den Treibhauseffekt, der wiederum die Ursache für die aktuelle globale Erwärmung ist.

Diverse Untersuchungen der Klimaveränderungen haben nun gezeigt, dass der sich ökonomisch im Laufe der letzten 30 Jahre weltweit durchgesetzte Neoliberalismus als ein wahrer Brandbeschleuniger erwiesen hat. Durch die Entgrenzung der Märkte hat er die vom Club of Rome in seiner Studie "Grenzen des Wachstums" bereits zu Beginn der siebziger Jahre diagnostizierten Probleme enorm verschärft.

Die Durchsetzung rücksichtsloser Marktimperative erwies sich aber nicht nur als ambivalent für die Gesellschaften, die den enormen Zuwachs an Waren mit extremen Formen sozialer Ungerechtigkeit hat zahlen müssen, sondern auch als überaus gefährlich für die Umwelt, insbesondere das Klima. Hatte der mit der Industrialisierung einhergehende Kapitalismus seine Vorherrschaft nicht schon von Anfang an der Ausbeutung fossiler Brennstoffe verdankt, so nahm diese seit Beginn des Neoliberalismus noch dramatisch zu. Und das Dilemma besteht seitdem nicht einfach nur darin, dass die begrenzten Ressourcen von Erdöl, Kohle und Erdgas irgendwann einmal aufgebraucht sein werden, sondern dass durch die sich anbahnende oder bereits längst im Gang befindliche Klimakrise die Rahmenbedingungen eines globalisierten Turbokapitalismus so sehr beschädigt werden, dass dies in zerstörerischer Weise auch auf diesen selbst zurückschlagen könnte.

Es drängt sich jedenfalls der Gedanke auf, ob die sich gegenwärtig weiter zuspitzende Klimakrise den auf fossilen Energieträgern basierenden Kapitalismus enormen Problemen aussetzen würde - neben den ohnehin kaum noch zu vermeidenden umweltzerstörerischen auch solchen sozialer Natur. Die Frage erscheint dringlicher als je zuvor, ob eine Wirtschaftsform, die auf der permanenten Generierung von Wachstum gründet, überhaupt (über)lebensfähig ist - von der romantisch anmutenden Vorstellung, eine Versöhnung mit der Natur herbeiführen zu wollen, ganz zu schweigen. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass die Auswirkungen der über mehr als 250 Jahre kaum in Frage gestellten industriellen

Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf diesem Umweg eines Tages zugleich auch das gesamte gegenwärtig dominierende ökonomische System in Frage stellen könnten.

Die Tatsache, dass es sich in Hamburg ein Wachsfigurenkabinett nicht hat nehmen lassen, die Gestalt GretaThunbergs nachzubilden und neben solchen wie Albert Einstein, der Queen und Udo Lindenberg zu präsentieren, ist von manchen mit Zynismus kommentiert worden. Doch vielleicht wird das schwedische Schulmädchen eines Tages nicht einfach mehr als Objekt des Spotts abgetan, sondern als Menetekel angesehen.

Die im Text dargestellten Thesen drücken lediglich die Meinung des Autors aus.

Dr. Wolfgang Kraushaar - Politikwissenschaftler; Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und an der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er gilt als einer der profiliertesten deutschen Forscher zur Geschichte des linksradikalen Terrorismus und Chronist der 68er-Bewegung in Deutschland. Autor und Herausgeber von zahlreichen Veröffentlichungen über die Rote Armee Fraktion (u. a. „Die RAF und der linke Terrorismus“, Hamburg 2006; „Die blinden Flecken der RAF“, Stuttgart 2017) und Geschichte der 68er-Studentenbewegung („Die Protest-Chronik 1949-1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie“. 4 Bände, Hamburg 1996; „Die 68er-Bewegung international - Eine illustrierte Chronik 1960-1969“. Band I-IV, Stuttgart 2018,)